



## Warum „Mittellandbote“?

(WR) Im Februar 2014 hatte eine Mehrheit vom Gemeinderat für den Mittellandkurier beschlossen, die Zuständigkeit im Sinne des Presserechts vom Bürgermeister auf eine vom Gemeinderat gewählte Person zu übertragen, um den Fraktionen in Zukunft die Möglichkeit der freien Berichterstattung im Mittellandkurier zu ermöglichen! Dies ist bis jetzt nicht möglich, weil der Bürgermeister Franz-Ulrich Keindorff mit einem Widerspruch gegen den Beschluss bei der Kommunalaufsicht Einspruch einlegte! Jetzt hätte die Kommunalaufsicht entscheiden müssen, die das aber bis heute nicht getan hat. Auch nach persönlicher Vorsprache bei der Kommunalaufsicht durch Gemeinderäte ist dieser Missstand bis jetzt nicht beseitigt!

Wir, die Initiatoren des Infoblattes „Mittellandbote“ sind der Meinung, nur eine gleichberechtigte unabhängige und freie Berichterstattung über die derzeitigen Barleber kommunalpolitischen Vorgänge kann verhindern, dass Barleber Bürger in dieser hochbrisanten finanzpolitischen Lage

der Gemeinde getäuscht, verwirrt und mit „Agitation und Propaganda“ alter Zeiten von den Tatsachen abgelenkt werden!

Allein im Amtsblatt Juli und dem letzten Mittellandkurier vom Oktober der Gemeinde Barleben wurden Gemeinderäte zielgerichtet diskreditiert, indem der Redakteur des Mittellandkuriers Herr Skubowius und der Pressesprecher des Bürgermeisters Herr Zaschke den dort genannten Gemeinderäten „Falschaussagen“ und „Unwahrheiten“ in massivem Umfang vorwarfen und sich das Recht heraus nahmen, den Anspruch auf „Richtig“ zu haben. Diese Leute handeln sicherlich im Auftrag ihres Auftraggebers und das ist (siehe Impressum) der Bürgermeister Franz-Ulrich Keindorff! Hier wird eindeutig mit Steuergeld, welches für die Herstellung der Blätter verwendet wird, den auf der Grundlage des Grundgesetzes §5 frei denkenden Gemeinderäten, das Recht auf Ihre Meinungsfreiheit genommen!

Und es gibt noch mehr Beispiele wo das geltende Recht missbraucht wird, um frei

Denkende mit den Gesetzen des Rechtsstaates vor Gericht einzuschüchtern! Darüber kann sich jeder auf der Internetseite „www.freiewaehlerbarleben.de“ unter „Der Prozess“ überzeugen.

### Das erinnert an alte Stasi-DDR-Zeiten!

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass gewisse Leute an diesem Ratstisch von Barleben immer noch so denken! Und nur darum ist es auch möglich, dass die freie Meinungsäußerung in den Medien der Barleber Gemeinde wie Mittellandkurier, Amtsblatt und Internetseite Barleben, von den freien Kräften des Gemeinderates nicht genutzt werden kann und diese so für eine einseitige und machterhaltene Berichterstattung benutzt werden! Sicherlich in dieser Zeit der Insolvenz der Gemeinde ein wichtiger Einfluss des Bürgermeisters auf sein Volk! Aber die Wahrheiten werden alle Unwahrheiten und Täuschungen verdrängen, denn wie sagt man so schön „Lügen haben lange Härchen“, ja Herr Bürgermeister.

## Schulden für Generationen

(EA) Die politische Geschichte Barlebens schien ein Erfolgsmodell. Wie mancher Börsenkurs ging es mit den Steuereinnahmen stetig aufwärts. Geblendet von den geschönten Erfolgsmeldungen wollten es viele lange nicht wahrhaben, aber nun ist das, wovon verantwortungsvolle Gemeinderäte immer gewarnt haben, eingetreten: Der Steuergoldesel ist weggelaufen. Das Problem ist aber, dass Geld vorfristig ausgegeben wurde, immer im Vertrauen, die Steuern dafür werden später schon kommen. Sie kamen aber nicht und darum haben sich Millionen Schulden angehäuft.

### Wie nun weiter?

Die Steuerprokopfeinnahme in Barleben ist mit mehr als 1000 € überdurchschnittlich. Viele Gemeinden kommen mit weit weniger Geld aus. Nur müsste man rigoros gegensteuern und genau daran hapert es. Der Vorschlag des Bürgermeisters F.-U. Keindorff (FDP) zum Haushalt 2015, der von einer knappen Mehrheit der Gemeinderäte

unterstützt wurde, sah die Aufnahme eines Kredits in Höhe von 24,7 Mio. € vor. Dieser sollte aber gerade einmal für 2 Jahre reichen. Um von der Frage „Was kommt danach?“ abzulenken, wurden zukünftig einfach stark steigende Gewerbesteuererinnahmen prognostiziert (aktuell: 6,3 Mio. € bis 2023: 21,5 Mio. €). Auch auf mehrmalige Nachfrage, sowie entsprechende Hinweise der Kommunalaufsicht verweigert der Bürgermeister jegliche Auskunft, wie er auf diese unglaublichen Zahlen kommt. Folgerichtig wurde der Haushalt von der Kommunalaufsicht abgelehnt. Die Kritikpunkte deckten sich nahezu mit denen, die die Fraktion Freie Wählergemeinschaft/Piraten im Gemeinderat zu Protokoll gab: Trotz riesiger Kreditaufnahme und unseriös hoch geplanter Steuerprognosen endete jedes weitere Haushaltsjahr im Minus, welches kumulativ bis 2023 reell 9.6 Mio. € betragen hätte. Das geforderte Personalentwicklungskonzept für die Verwaltung (verantwortlich der Bürgermeister)

enthielt keinen zukünftigen Stellenplan mit klaren Zielstellungen einer Personalreduktion. Im Gegenteil, es wurden ansteigende Personalkosten prognostiziert. Es gab immer noch freiwillige Leistungen in Höhe von 7,9 Mio. € (Dinge, die eine Gemeinde nicht leisten muss, aber kann, wenn sie Geld nach Erledigung ihrer Pflichtaufgaben übrig hat). Bis 2023 sollten diese Ausgaben lediglich auf 6,7 Mio. €/a absinken.

Ohne Haushalt kann von der Gemeinde erst einmal nur das Notwendigste, sowie vertraglich gebundenen Aufwendungen bezahlt werden. Zusätzliche Einsparungen sind gefordert. Die Leidtragenden dieser jahrelangen verfehlten Finanzpolitik werden die Bürger sein. Dies wird sich jedoch erst in Zukunft mit aller Deutlichkeit zeigen. Nur werden viele der jetzt politisch Verantwortlichen dann an Gedächtnislücken leiden oder nicht mehr Rede und Antwort stehen.

# Zum Umgang mit anderen Meinungen

(JB) Bürgermeister Franz-Ulrich Keindorff ist momentan in seinem Amt nicht zu beneiden. Da sind auf absehbare Zeit keine Gelder für neue prestigeträchtige Projekte mehr da, die weitere Verschuldung zur Sicherung der Liquidität wird durch die Kommunalaufsicht versagt, Eltern und Lehrer üben den (Schul-)Aufstand, die Ortschaft Ebendorf fordert ein neues KiTa-Gebäude und einiges mehr. Dazu sitzt noch eine unbequeme Opposition im Gemeinderat, die hinterfragt und Anträge stellt und durchaus bei mehr politischer Konstanz der CDU-Fraktion sogar mehrheitsfähig wäre. Alles also Baustellen, die einem Bürgermeister den Schlaf rauben können. Und wenn man unausgeschlafen ist, wird man schon mal unleidlich, was dann nicht selten in Sitzungen der Gemeindegremien gut zu beobachten ist. Alles menschlich verständ-

lich.

Da trifft es sich gut, dass man öffentlichkeitswirksame Instrumente wie den „Mittellandkurier“ und/oder die offizielle Homepage der Gemeinde zur Hand hat, um wenigstens den Schein der heilen Welt nach außen zu dokumentieren und Kritiken durch „mediale Verschwebelung“ zu entkräften. Es muss aber betont werden, dass auf diese Medien allein der Bürgermeister das redaktionelle Zugriffsrecht hat und dies alles durch die öffentliche Hand, nämlich aus dem Gemeindehaushalt finanziert wird. Ein Schelm nun, der sich dabei irgendwelche Hintergedanken macht!

Eigentlich verwundert es auch niemanden mehr, dass diese Medien auch genutzt werden, um oppositionelle Anträge, Anfragen und Meinungen jeweils aus Sicht des Bürgermeisters (meist in der Person des

Pressesprechers der Gemeinde!) zu beleuchten und aus seiner Sicht „richtig“ zu stellen. Beiträge der Opposition in diesen Medien werden nicht zugelassen. Dass Letztere dann versucht, wenigstens durch Nutzung eigener und selbstfinanzierter (!) Publikationsmöglichkeiten die Sachverhalte aus ihrer Sicht zu erläutern, dürfte mehr als verständlich sein.

Statt einer vernünftigen Streit- und Diskussionskultur hat sich in den letzten Jahren leider der Eindruck verstärkt, dass die Auseinandersetzung mit der Person im Vordergrund steht. Vielleicht wäre ein Zurück auf Punkt Null hilfreich, was durchaus bei etwas Willen aller Beteiligten nicht unmöglich wäre. Aber wer macht den ersten Schritt?

## Schuldemo trotz Arbeitsgruppen?

(RM) In der Gemeinde Barleben wird aktuell das Thema Schulzusammenlegung intensiv diskutiert. Hierzu die Stellungnahme der Grundschulleiterin Frau Veit:

*"Nach wie vor wehren sich Eltern, Elternvertreter und Lehrer gegen die Zusammenlegung der Grund- und Ganztagschule Barleben in das Gebäude der Ganztagschule in der Feldstraße. Anders als es auf der Internetseite der Gemeinde Barleben, im Mittellandkurier und in der Presse dargestellt wird, bin auch ich als Schulleiterin der Grundschule Barleben strikt gegen diese Pläne. In der Arbeitsgruppe Grundschule, die von der Gemeinde einberufen wurde, haben ich und die Vertreter meiner Schule stets mit großem Nachdruck klargestellt, dass eine verantwortungsvolle Umsetzung aller Bildungs- und Erziehungsziele (Schulgesetz Sachsen-Anhalt) für unsere Grundschüler nur möglich ist, wenn ausreichend Platz zum Lernen zur Verfügung steht. Bildung heute ist mit der Schule wie sie früher war nicht zu vergleichen. Heute stehen wir vor veränderten Bedingungen. Alle Schüler, auch jene mit Leserechtschreib- oder Rechenschwäche, Schüler mit besonderem Bedarf an Förderung im Lernen, in der Sprache, im sozial-emotionalen Bereich oder mit anderen Problemen verbleiben größtenteils in der Grundschule. Diese und jeden anderen Schüler gilt es, bestmöglich auf den Übergang in die wei-*



In diesem Schulgebäude sollen Grund- und Ganztagschule zusammengelegt werden.

*terführenden Schulen vorzubereiten. Dieser Aufgabe kann unsere Schule nur mit solchen Räumlichkeiten gerecht werden, wie sie sie heute zur Verfügung hat. In der Ganztagschule finden wir diese Bedingungen nicht! In der Arbeitsgruppe der Gemeinde werden zwar alle unsere Argumente angehört, aber dann immer Möglichkeiten zu deren Beseitigung aufgeführt, die für uns nicht akzeptabel sind. Ich habe den Eindruck, dass es nicht mehr darum geht, ob die Zusammenlegung erfolgen soll, sondern nur wie sie uns, den Sparzwängen der Gemeinde geschuldet, schön geredet werden kann. Ich werde mich gemeinsam mit den Eltern, deren Vertretern und den Lehrern auch weiterhin gegen die Zusammenlegung einsetzen."*

Einige Gemeinderäte, auch die meiner Fraktion FWG/PIRATEN haben sich, als das Vorhaben des Bürgermeisters nicht mehr geheimgehalten werden konnte, ausführlich von beiden Schulleitungen über die Probleme informieren lassen. Die Argumente sind lange ausgetauscht, die

Fakten gegen eine Schulzusammenlegung liegen auf den Tisch. Wir haben der Gemeinde mitgeteilt, dass wir uns dabei auf die Seite der Schulleitungen stellen, denn (zum Glück!) sind nur diese für den Inhalt/Ablauf der Schulausbildung verantwortlich und nicht Angestellte der Verwaltung, Gemeinderäte oder der Bürgermeister. Vergessen wird auch, dass es nicht nur um eine Schulzusammenlegung geht, sondern um den damit verbundenen Neubau einer "Zentralen Kindereinrichtung" in Höhe von 4,2 Mio. € - eine Größenordnung, die vom Landesförderprogramm (STARK III) nicht einmal gefördert wird!

### IMPRESSUM Mittellandbote

Herausgeber: Interessengemeinschaft Barleben

Wolfgang Rost (WR), Gemeinderat,  
Narzissenweg 21, 39179 Barleben

Jens Bartel (JB), Ortschaftsrat (Ebendorf),  
Hafenerweg 8, 39179 Barleben

Ramona Müller (RM), Gemeinderat,  
Wolmirstedter Chaussee 34, 39179 Barleben

Dr. Edgar Appenrodt (EA), Gemeinderat,  
Schäferweg 8, 39179 Barleben

Layout: Thomas Pfeffer (TP), Gemeinderat,  
Breiteweg 49, 39179 Barleben

kostenloses Info-Blatt

Druck: diedruckerei.de in Neustadt an der Aisch, Auflage: 5000